Beschluss des Landrats vom 12.06.2025

Nr. 1179

8. Petition «Birsquerung jetzt!»
2025/32; Protokoll: gs, mko

Die Petition mit dem Titel «Birsquerung jetzt!» wurde laut Kommissionspräsidentin **Irene Wolf-Gasser** (EVP) von 931 Personen unterzeichnet und gelangte am 16. Januar 2025 an die Geschäftsleitung des Landrats und schliesslich zur Vorberatung an die Petitionskommission. Die Unterzeichnenden stellten darin fest, dass eine zusätzliche Überquerung der Birs zwischen Aesch und Dornach dringend notwendig sei. 2012 hatten, nach mehreren Machbarkeitsstudien, die entsprechenden Gremien 2012 eine Weiterverfolgung der Variante «Mitte» beschlossen. 2013 wurden im Agglomerationsprogramm CHF 28,5 Mio. für das Projekt eingestellt. Nach dem Wechsel in der Exekutive in Dornach im Jahr 2013 wurde der Prozess aber gegen den Willen der Einwohner der betroffenen Gemeinden blockiert. Aus diesem Grund wurde die IG Birsquerung gegründet. Sie hat sich unter anderem mit dieser Petition dafür eingesetzt, dass die Birsquerung in der Variante «Mitte» für die Stauentlastung zwischen Aesch und Dornach umgehend realisiert wird.
Eintreten war in der Petitionskommission unbestritten. Sie hat im Vorfeld eine schriftliche Stellungnahme von Baudirektor Isaac Reber, datierend vom 20. Februar 2025, erhalten. Dort heisst es, das Projekt einer Birsquerung habe nur dann eine Umsetzungschance, wenn es von den beiden Gemeinden Aesch und Dornach sowie von beiden Kantonen Solothurn und Basel-Landschaft mitgetragen wird. Das sei für die Variante «Mitte» gemäss dem Vorprojekt von 2013 schon seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Eine rasche und zeitnahe Umsetzung dieser Variante sei somit ausgeschlossen. Im Rahmen des Prozesses «Zukunft Birsraum» haben sich die vier Player auf die Prüfung der Variante «Süd» verständigt. Der Regierungsrat sieht hier den einzigen gangbaren Weg. Das Vorprojekt «Mitte» habe die Aufwertung des Industriestandorts Dornach und Aesch zum Ziel. Weil dabei aber der ökologisch wertvolle Birsbogen tangiert wird, gab es Kritik. Auf dem Areal der ehemaligen «Metalli» soll das Quartier Wydeneck mit gemischter Wohn- und Gewerbenutzung entstehen – mit dem Birsbogen als Naherholungsraum. Das Problem: Die im Vorprojekt erwähnte Linienführung passt speziell der Dornacher Seite aufgrund der unmittelbaren Nähe zum Wydeneck nicht mehr. Im Rahmen der Testplanung «Zukunft Birsraum» haben sich Projektpartner, Fachleute und Delegierte aus der Bevölkerung im Jahr 2023 an mehreren Workshops und einer gemeinsamen Begehung intensiv mit der Entwicklung des Birsraum in den Gemeinden Aesch und Dornach befasst. Als bevorzugte Variante für eine Birsquerung für den motorisierten Verkehr wurde die Variante «Süd» – die sogenannte Kraftwerkbrücke – ausgewählt. Die entsprechende Machbarkeitsstudie ist derzeit noch im Gange.
Die Petentinnen und Petenten (Landrat Rolf Blatter aus Aesch, Daniel Müller als Vize-Gemeindepräsident von Dornach sowie Mark Winkler, Kantonsrat aus Solothurn) kamen am 18. März 2025 ebenfalls in der Kommission zu Wort. Seit den 1970er Jahren sei diese Birsquerung ein Thema. In den 2000er Jahren wurde erneut eine Variante diskutiert – und 2013 wurde mit der «Mitte»-Variante ein Vorprojekt ausgearbeitet. Die Ausgangslage hat sich inzwischen aber verändert, vor allem durch die geplante Hiag-Überbauung Wydeneck. Die Diskussion hat sich also von einer integralen Betrachtung des Siedlungs- und Verkehrsraums zu einem Verkehrsraum bzw. zu den Verkehrsmassnahmen verschoben. Nach einer Neubeurteilung im Kontext der Mobilität in der Birsstadt hat der Kanton Solothurn entschieden, das bereits eingeleitete Verfahren zur Anpassung des Richtplans zu sistieren. Mit einer neuen Birsbrücke soll also ein Zubringer von Dornach zur A18 erstellt werden, um die aktuelle Verkehrsüberlastung zu vermeiden. Nach langen Vorabklärungen für eine neue Birsquerung bleiben die Varianten «Mitte» und «Süd» bestehen. Bis 2010 haben sämtliche Studien gezeigt, dass die Variante «Mitte» zu bevorzugen ist. Sie garantiert eine

direkte Verbindung mit einem minimalen Eingriff. Dank des bestehenden Vorprojekts ergeben sich eine kurze Planungs- und Bauzeit, geringe Kosten und es sind keine Enteignungen erforderlich. Weiter haben die Petenten informiert, dass die vom Projekt «Zukunft Birsraum» favorisierte Variante Süd keine politische Legitimation habe. Die Entscheidungskompetenz zur weiteren Planung liege beim Kanton. Die Gegner der «Mitte» argumentieren unter anderem mit dem Schutz des Auenwalds. Mit der Umsetzung des Hiag-Projekts Wydeneck würde der Auenwald aber sowieso abgeholzt. Ausserdem komme die Variante «Süd» für den Steuerzahler teurer. Die Petenten sind der Überzeugung, dass die Variante «Mitte» am sinnvollsten ist. Aus diesem Grund beantragen sie dem Landrat, die Petition als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen.
Aus Sicht der Kommission liegen alle nötigen Informationen zur Beantwortung des Petitionsanliegens liegen auf dem Tisch. Umsetzungschancen bestehen aber nur im Einvernehmen zwischen den vier Partnern. Diese Voraussetzung ist für die Variante «Mitte» aber nicht gegeben. Es ist also richtig, die bereits gestartete Machbarkeitsstudie für die Variante «Süd» abzuwarten. Sie sollte im ersten Quartal 2026 vorliegen. Die Mitglieder der Kommission haben festgestellt, dass eine Überweisung der Petition als Postulat wenig Sinn macht – in erster Linie geht es darum, eine Einigung zwischen den beiden betroffenen Gemeinden und den Kantonen zu erzielen. Dann erst kann die von allen Parteien favorisierte Lösung weiter verfolgt werden. Grundsätzlich erachtet die Kommissionsmehrheit eine zusätzliche Birsquerung im Gebiet Aesch/Dornach für die Baselbieter Verkehrsplanung nicht als Priorität. Die Mitglieder der Kommission sprechen sich mit 5:1 Stimmen für die Kenntnisnahme der Petition aus; die Gegenstimme wollte eine Überweisung als Postulat, um vertiefte Abklärungen zu ermöglichen.

– *Eintretensdebatte*

Die SVP-Fraktion unterstützt laut **Martin Karrer** (SVP) den Antrag der Petitionskommission und spricht sich ebenfalls für die Kenntnisnahme der Petition aus. Wie im Bericht bereits ausgeführt, sprechen aus Sicht der SVP-Fraktion mehrere Gründe gegen eine Überweisung der Petition als Postulat. Alle vier beteiligten Akteure bevorzugen die Variante Süd. Die entsprechende Machbarkeitsstudie ist derzeit noch ausstehend. Darüber hinaus wird das Gebiet in Dornach aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft verkehrstechnisch nicht als prioritär eingestuft. Auch ist noch offen, welche verkehrstechnischen Massnahmen im Bereich Neu-Aesch zu treffen sind. Unabhängig von der gewählten Variante – Mitte oder Süd – wird der Verkehr auf die A18 geleitet, was zu einer erheblichen Belastung des betroffenen Gebiets führt. Hinzu kommt, dass der einzige mögliche Schulweg für Kinder in diesem Bereich gekreuzt wird. Während Dornachbrugg entlastet würde, würde das Gebiet Neu-Aesch zusätzlich belastet.

Laut **Rolf Stöcklin** (SP) spricht sich auch die SP-Fraktion einstimmig für die Kenntnisnahme der Petition aus. Die Petitionskommission hat sich eingehend mit der Thematik befasst. Die BUD hat ausreichend Informationen geliefert und alle Varianten sind geprüft worden. Es müssen sich erst die vier beteiligten Partner einig werden, damit man weiterschauen kann.

Heinz Lerf (FDP) sagt, dass die Präsidentin der Petitionskommission die Diskussionen innerhalb der Kommission ausführlich wiedergegeben habe. Eine Delegation von Petentinnen und Petenten sowie Vertreter des Kantons wurde empfangen und deren Stellungnahmen der Kommission im Detail vorgestellt.
Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der zweitletzte Satz des Kommissionsberichts besonders relevant. An der betreffenden Sitzung der Petitionskommission waren sechs stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Fünf Mitglieder sprachen sich für die Kenntnisnahme der Petition aus, ein Mitglied – aus den Reihen der FDP – unterstützte eine Überweisung der Petition als Postulat an den Regierungsrat. Wie gehört, ist eine Machbarkeitsstudie am Laufen, sodass man in der nächsten Zeit

wieder über die Birsquerung informiert werden wird. Gleichzeitig liesse sich das Anliegen der Petentinnen und Petenten beantworten.
Die FDP-Fraktion unterstützt daher grossmehrheitlich die Überweisung der Petition als Postulat und bittet den Landrat, dieses Anliegen zu unterstützen.

Dario Rigo (Die Mitte) sagt, dass die Mitte-Fraktion dem Antrag der Kommission folgen werde. Wenn Dornach gegen die Variante ist, macht es keinen Sinn, die Verwaltung damit zu beschäftigen. Sie hat Besseres zu tun. Zudem handelt es sich bei diesem Ort nicht um einen Verkehrsschwerpunkt des Kantons. Die Mitte-Fraktion lehnt deshalb eine Überweisung als Postulat ab.

Margareta Bringold (GLP) sagt, dass auch die GLP-Fraktion dem Antrag der Petitionskommission folge und von der vorliegenden Petition Kenntnis nehmen werde.

Jan Kirchmayr (SP) dankt der Petitionskommission für die sorgfältige Prüfung des Anliegens. Er möchte zwei Punkte hervorheben. Zum ersten Punkt: Das Vorgehen der beiden betroffenen Gemeinden aus zwei verschiedenen Kantonen war sehr vorbildlich. Man nahm sich Zeit und entwickelte gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen, wie es weitergehen soll. Dabei waren alle Parteien vertreten. Für diesen vorbildlichen Prozess mit dem Einbezug der Bevölkerung sei der Direktion ein besonderes Lob ausgesprochen – was Jan Kirchmayr nicht immer tut, wie auch der Baudirektor weiss.
Zum zweiten Punkt: Es wird immer wieder von verschiedenen Varianten gesprochen – Mitte, Süd oder Nord. Die Variante Mitte, die im Postulat gefordert wird, ist aber gar nicht realisierbar. Es muss allen, die sich weiterhin dafür einsetzen, klar sein, dass es damit am Ende gar keine Lösung geben wird. Denn die Variante Mitte ist im Kanton Solothurn politisch erledigt, ebenso im Gemeinderat von Dornach, insbesondere nach den letzten Wahlen und der weiteren Veränderung der Mehrheitsverhältnisse. Der Kanton Solothurn hat diese Variante mittlerweile bereits aus dem Agglomerationsprogramm gestrichen. Daher muss allen bewusst sein, dass die einzige verbliebene Option die Variante Süd ist. Aus diesem Grund macht es Sinn, die Petition zur Kenntnis zu nehmen und die BUD gemeinsam mit dem Kanton Solothurn die Machbarkeitsstudie für die Variante Süd erstellen und umsetzen zu lassen. Anschliessend wird ersichtlich, wie und wo die Variante Süd konkret realisiert werden soll.
Jan Kirchmayr bittet den Landrat, die Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Rolf Blatter (FDP) sagt, dass Irene Wolf die Petition und die bisherigen Diskussionen bereits sehr gut zusammengefasst habe; trotzdem seien noch einige Punkte hervorzuheben.
Die drei durchgeführten Machbarkeitsstudien wurden bislang eher links liegen gelassen. Es ist aber eine Tatsache, dass seit über 30 Jahren über eine zusätzliche Querung der Birs diskutiert wird. Alle Studien von namhaften Verkehrsplanern und Ingenieurbüros kamen zum Ergebnis, dass die Variante Süd nicht weiterverfolgt werden und stattdessen die Variante Mitte priorisiert werden soll. Dies spiegelt sich auch im Standortentscheid für den bereits umgesetzten Kreisel an der Ausfahrt Aesch-Nord der A18 wieder. Dieser lässt sich nicht mehr verschieben. Und das ist auch gut so, denn man hat sich darauf geeinigt.
Das politische Umfeld in Dornach hat sich seit 2013 verändert, als sich die Gemeinde gegen die Variante Mitte entschieden hatte – mit dem Hauptargument, den Auenwald schützen zu wollen. Dabei wurde übersehen, dass in diesem Gebiet mit den Metallwerken industrielle Tätigkeiten mit erheblichen Umweltbelastungen stattgefunden haben. Mit hat zur Folge, dass man, möchte man in Dornach an einem Haus eine Veränderung vornehmen, bis weit ins Dorf hinein die halbe Parzelle umgraben und Baugrundsanierungen vornehmen muss, weil man ansonsten dafür keine Bewilligung erhält. Der Auenwald selbst liegt viel näher an den Metallwerken als die erwähnten Grundstücke, und auch dort steht eine komplette Baugrundsanierung an. An einem Ort, an dem Boden-

verunreinigen bekannt sind, kann kein Spielplatz gebaut werden. Der Auenwald wird also sowieso verschwinden – und damit wird sich auch die Variante Süd in Luft auflösen. Trotzdem findet diese Variante unverständlicherweise nach wie vor Fürsprecher.
Jan Kirchmayr meinte, die Variante Mitte sei nicht realisierbar, aber dies gilt noch viel weniger für die von ihm propagierte Variante Süd. Im Industriegebiet Wydeneck (Aesch) müssen vier Liegenschaften abgerissen werden. Bei einer Besichtigung mit dem Baudirektor zeigte sich, dass ein 3,5 Meter breites Strässchen in eine 12 Meter breite Zubringerstrasse zur A18 umgewandelt werden soll. Das ist aber nur möglich, wenn eine Liegenschaft abgerissen wird. Weiter verlangen bautechnische Normen, dass gewisse Kurvenradien bei Zubringerstrecken einzuhalten sind. Die A18 ist per Netzbeschluss eine Bundesstrasse. Für den Zubringer von Dornach nach Aesch, der den überregionalen Verkehr auf die A18 bringen soll, gelten entsprechende Normen. Dies führt dazu, dass weitere Liegenschaften entfernt werden müssen. Alle Unternehmer im Areal Wyden kündigten an, den Variantenentscheid Süd zu bekämpfen und bis vor Bundesgericht zu gehen.
Der Begriff «Kraftwerkbrücke» für die Variante Süd ist irreführend, da ein Flusskraftwerk mit der notwendigen Höhendifferenz von anderthalb Metern und einer Leistung von drei bis vier Megawatt im Bereich des Birsbogens nie gebaut werden wird. Dafür wird man nie einen Investor finden. Auch deshalb macht die Variante Süd keinen Sinn. Die 400 bis 500 Dornacherinnen und Dornacher, die die Petition unterschrieben haben (etwa ebenso viele wie aus Aesch), überstimmen demokratisch einen von Ideologie getriebenen Gemeinderat.
2023 wurde im Rahmen des Mitwirkungsverfahrensbeschlossen, eine weitere Machbarkeitsstudie durchzuführen – es ist bereits die vierte. Damit soll dieselbe Frage nochmals geklärt werden. Als man sich vor 15 Jahren auf diese Variante geeinigt hatte, waren alle Gebäude und Strassen bereits gebaut. In dieser Zeit hat sich gar nichts geändert. Bevor die Hiag das Swissmetal-Areal gekauft hatte, wurden Vorabklärungen getroffen und Schätzungen gemacht; es war bereits bekannt, dass dort keine Industriebetriebe mehr realisiert werden.
Die neue Machbarkeitsstudie wurde erst im Januar 2025 in Auftrag gegeben, obschon der Beschluss bereits im November 2023 gefasst wurde. Es dauerte 15 Monate, bis das Auftragsschreiben abgeschickt wurde. Die FDP reichte die Petition im Dezember 2024 ein. Als Rolf Blatter vernahm, dass die Machbarkeitsstudie endlich in Auftrag gegeben wurde, regte er in der Petitionskommission an, die Anhörung zu verschieben, bis das Resultat vorliegt. Die Präsidentin sprach sich zuerst mit grosser Selbstverständlichkeit dafür aus. Es dauerte keine 24 Stunden, bis der Regierungsrat verlauten liess, dass eine Verschiebung demokratiepolitisch nicht zulässig und die Petition sofort zu behandeln sei. Dies sei man den Petenten schuldig. Vor einigen Monaten sagte der Baudirektor bei anderer Gelegenheit noch, dass seine Direktion sich nicht beeile, wenn sie es nicht müsse. Hier war aber offenbar Eile angesagt. Aus diesem Grund war die Petitionskommission gezwungen, einen Entscheid zu fällen. Es ist nachvollziehbar, dass es schwierig ist, einen Postulatsauftrag zu formulieren, ohne dass die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorliegen. Inhaltlich macht jedoch nur die Variante Mitte Sinn, auf die sich alle schon geeinigt haben.
Die IG Birsquerung fordert, die Petition als Postulat zu überweisen. Aus ihrer Sicht ist nur die Variante Mitte technisch, finanziell, umweltrechtlich, verkehrlich und politisch sinnvoll. Die FDP-Fraktion würde es deshalb sehr begrüssen, wenn der Landrat ihrem Antrag Folge leisten und die Petition als Postulat an den Regierungsrat überweisen würde.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hat tatsächlich schon an mehreren Augenscheinen teilgenommen, darunter auch mit Rolf Blatter. Und zwar auch aus Respekt vor dessen Beharrlichkeit und Einsatz für dieses Thema. Verbindlich zitieren lässt sich der Redner dabei aber nicht, und einige der gehörten Äusserungen sind durchaus in Zweifel zu ziehen. Die Situation wurde zwar gemeinsam angeschaut – was aber nicht bedeutet, dass alles abschliessend geklärt werden konnte.

Rolf Blatter ist in einem Punkt grundsätzlich zuzustimmen: Beim Areal, das mit einer Firma namens Metallwerke verbunden ist, ist der Boden ein Thema, auch wenn der Sprecher die präzisen Verhältnisse nicht kennt.
Zur Petition und zum Anliegen der IG Birsquerung sei gesagt, dass die Kommission verstanden hat, dass eine Birsquerung nur dann möglich ist, wenn man sich hüben wie drüben einig wird. Es ist zu hoffen, dass sich diese Einsicht auch bei Rolf Blatter einstellen wird. Denn möchte man wirklich eine Brücke bauen, braucht es die Zustimmung von beiden Kantonen, nicht nur von einem. Wird das ignoriert, kann das Ergebnis schon heute prophezeit werden. Ohne Konsens geschieht das, was auch Rolf Blatter bestimmt nicht will: nämlich gar nichts. Es gibt keine bewusste Ablehnung, sondern eine faktische Blockade durch Uneinigkeit.
Deswegen braucht es für dieses Projekt, bei aller Komplexität, einen Konsens – über die Birs hinweg. Wird dieser nicht erreicht, kommt man nicht weiter. Wo einer zwischen den Kantonen und Gemeinden hergestellt werden konnte, wird die Machbarkeit geprüft. Es ist richtig, auf einen Konsens hinzuarbeiten und gemeinsam eine tragfähige Lösung anzustreben. Deshalb ist es nicht sinnvoll, im Sinne der IG Birsquerung weiterzufahren.

://: Eintreten ist unbestritten.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) sagt, dass die FDP-Fraktion den Antrag gestellt habe, die Petition als Postulat zu überweisen. Findet der Antrag eine Mehrheit, wird der Kommissionsantrag auf Kenntnisnahme obsolet.

://: Mit 57:20 Stimmen wird die Überweisung der Petition als Postulat abgelehnt.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 78:0 Stimmen wird die Petition zur Kenntnis genommen.